

AfD feiert ihren Erfolg, Gegner protestieren

Spitzenkandidat Gauland will die Regierung vor sich hertreiben und warnt Parteikollegen vor Sprüchen, „die uns später auf die Füße fallen können“

VON ANNE-BEATRICE CLASMAN

Berlin. „Wir werden die Regierung vor uns hertreiben“, ruft AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland. Und dass sie Deutschland verändern wollen. Seine Parteifreunde jubeln. Sie rufen „Gauland, Gauland“ und singen die deutsche Nationalhymne. Als Neuling mit einem zweistelligen Wahlergebnis in den Bundestag einzuziehen – das hat in der Geschichte der Bundesrepublik noch keine Partei geschafft. Den Grünen gelang der Sprung ins Parlament 1983 mit 5,6 Prozent.

DIE WAHL



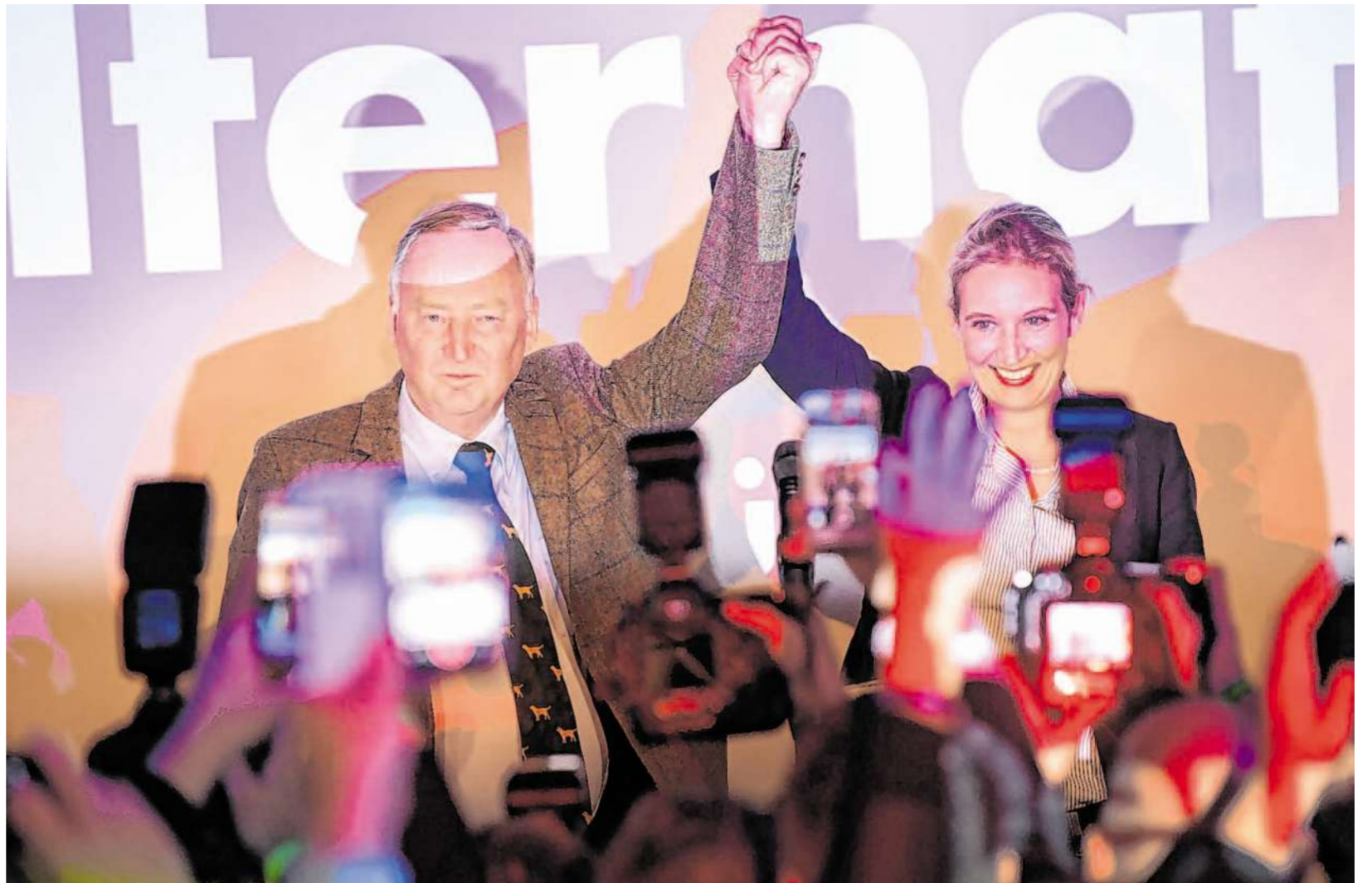
Gauland, der ehemalige CDU-Staatssekretär aus Hessen, ist kein ausgelassener Typ. Während die anderen AfD-ler übermütig Luftballons in den Parteifarben durch den Saal werfen, mahnt er, man solle jetzt trotz der großen Freude, vor den Kameras „bitte keine Sprüche, die uns später auf die Füße fallen können“, klopfen. Denn da draußen seien viele, die nur darauf aus seien, die AfD in irgendwelche „rechte Ecken“ zu stellen. Dass es neben den mehr oder weniger bürgerlichen Protestwählern auch Menschen aus eben diesen „rechten Ecken“ gibt, die sich der AfD

verbunden fühlen, verschweigt er. Für ihre Wahlparty hat sich die AfD einen Berliner Club am Alexanderplatz ausgesucht, der vom Look her an die Zeiten erinnert, als solche Tanzlokale noch „Diskothek“ genannt wurden. „Die Gäste, die hier normalerweise tanzen, sind im Schnitt über 40“, sagt die junge Frau hinter der Garderobe. Das passt. Schließlich ist die AfD eine Retro-Partei, die gerne die „gute alte Zeit“ beschwört.

AfD-Gegner demonstrieren

Draußen vor dem Gebäude demonstrieren AfD-Gegner mit Trillerpfeifen. Rund 1000 Demonstranten protestieren vor der AfD-Wahlparty. Viele Demonstranten pfeifen, rufen Parolen wie „haut ab, haut ab“ und „AfD, Rassistenspack“ oder machen Krach mit verschiedenen Instrumenten. Darunter sind auch Vertreter linksradikaler Gruppen wie der Antifa. Auf einem Transparent steht „Rassismus ist keine Alternative“. Manche AfD-Politiker und -Anhänger fotografieren und filmen vom Balkon aus die Demonstranten. Die Polizei ist mit einem größeren Aufgebot vertreten. In Köln demonstrieren etwa 700 Menschen gegen den Einzug der AfD ins Parlament – wie auch in Frankfurt.

Draußen auf der Bühne in Berlin steht jetzt Partei-Vize Beatrix von Storch neben Gauland. Auch sie wird demnächst im Bundestag sitzen. Hinter den Kameralenten und Fotografen stehen ihr Ehemann und ihre Mutter. Die Mutter sagt, das sei jetzt ein gutes Ergebnis für die Partei. Und dass ihre Tochter



Stolz und kämpferisch: Die AfD-Spitzenkandidaten Alexander Gauland und Alice Weidel präsentierten sich gestern zufrieden bei der Wahlparty in Berlin, während draußen Hunderte Menschen gegen ihre Partei demonstrierten. Foto: dpa

dafür auch „hart gearbeitet“ habe. Die zwei anderen Frontfrauen der AfD sind noch nicht da: Spitzenkandidatin Alice Weidel und Parteichefin Frauke Petry. Für Petry ist das kein einfacher Tag. Die Parteichefin hatte auf die Spitzenkandidatur verzichtet. Jetzt haben andere ein Ergebnis eingefahren, von dem die Partei vor zwei Jahren nur träumen konnte. In so einer Situation wird es für sie schwer sein, sich für den Fraktionsvorsitz oder für die Wahl der neuen Parteispitze im Dezember in Stellung zu bringen. Ein bisschen steht sie jetzt schon so da wie AfD-Gründer Bernd Lucke, der einst zusehen musste, wie Petry mit Hilfe des rechten Parteiflügels an ihm vorüberzog. Schwierig werden die kommenden Wochen auch für die Politiker der etablierten Parteien. Sie

werden sich an eine neue Stimmung im Bundestag gewöhnen müssen, an Tabubrüche und vielleicht auch an Störmanöver. Das zeigen die Erfahrungen mit der AfD in 13 Landesparlamenten. Wer sich davon aus der Fassung bringen lässt, hat im Prinzip schon verloren. Denn nichts stärkt den inneren Zusammenhalt dieser von Richtungskämpfen und Personalquerelen gebeutelten Partei so sehr wie Angriffe von außen. Das zeigen auch die Reaktionen auf die Ergebnisse der anderen Parteien. Das CDU/CSU-Ergebnis quittieren die Besucher der AfD-Wahlparty mit Freude. Das schwache Abschneiden der SPD entfacht Begeisterungstürme. „Eine gute Nachricht für Martin Schulz – die SPD bleibt zweistellig“, witzelt ein AfD-ler. Dröhnendes Gelächter.



„86 Prozent gegen AfD-Nazis“: Hunderte Menschen demonstrieren gestern Abend spontan in Berlin gegen die AfD. Foto: afp

„Wer hätte das gedacht?“

Die Grünen sind fast verwundert über ihr doch nicht so schlechtes Ergebnis

VON TERESA DAPP UND ANDRÉ STAHL

Berlin. Katrin Göring-Eckardt stehen Tränen der Erleichterung in den Augen, als sie über den grünen Laufsteg zum Mikrofon geht. Cem Özdemir neben ihr ist die Anspannung noch ins Gesicht geschrieben. „Wer hätte das gedacht?“, ruft ihnen ein Grüner durch den Jubel zu. „Wer hätte das gedacht?“, wiederholt Göring-Eckardt ins Mikrofon. Eine Partei atmet auf. Und weiß, dass schwierige Wochen kommen.

Selbst die Optimisten in der Ökopartei hatten kaum noch auf ein besseres Ergebnis als vor vier Jahren zu hoffen gewagt, die 8,4 Prozent waren damals eine schlimme Schlappe. Laut Hochrechnung steht die neun vor dem Komma. Zweistellig und dritte Kraft im Bundestag, das offizielle Wahlziel, ist nicht erreicht.

Klein, aber nicht einfach

Gestern Abend war das fast egal: Immerhin nicht letzter! Wenn die Grünen jetzt eine Jamaika-Koalition mit Union und FDP sondieren, dann sind sie kleinster Partner – aber kein einfacher, versichert Özdemir. „Wir sind kein gerupftes Hühnchen, über das sich die anderen hermachen können“, frohlockt Ex-Parteichef Reinhard Bütkofer. Die Grünen wollen nun drei Ministerien, sie wollen Zugeständnisse beim Kohleausstieg, bei Elektroautos – aber das wird nicht reichen. „Es muss mehr kommen als ein bisschen Öko“, sagt schon jetzt ein Vertreter des linken Parteiflügels. Auch in der Sozialpolitik müssten Erfolge her.

Klappt das mit Union und FDP? Oder wird, wie bei den Grünen manche orakeln, die CSU das Bündnis verhindern, um vor der bayerischen Landtagswahl 2018 nicht die eigene Klientel zu erzürnen? Sondierte wird Jamaika auf jeden Fall. Das macht Druck auf die



Erleichtert, vielleicht sogar ein wenig überrascht: die Grünen-Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir gestern nach der Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen in Berlin. Foto: dpa

Grünen: Haut Jamaika nicht hin, drohen Neuwahlen, weil die SPD in die Opposition gehen will. Eine große Koalition ist ausgeschlossen.

Aber die Zeichen stehen auf Erfolg. Denn zwei Dinge sind anders als 2013: Erstens wirft den beiden Spitzenkandidaten niemand grobe Fehler vor. Vorherrschend war das große Fragezeichen, als die Umfragen im einstelligen Bereich stagnierten: Warum wollen die Leute uns nicht wählen? Obwohl Öko-Themen wie Autoabgase und sogar sterbende Bienen es auf Titelseiten schaffen? Zweitens sprechen diesmal auch die Linksgrünen viel von staatsbürgerlicher Verantwortung – anders als vor vier Jahren, als ein erheblicher Teil der Partei strikt gegen Schwarz-Grün war.

Für die Spitzenkandidaten stand viel auf dem Spiel, sie haben ihren realpolitischen Kurs gegen manche Widerstände durchgesetzt. Größere Personalrochaden sind unwahrscheinlich, solange sondiert und verhandelt wird. Auch Jürgen Trittin ist dafür fest einge-

plant – als einer, der bei Linksgrünen weiterhin großen Einfluss hat. Die Hoffnung: Wirbt Trittin für Schwarz-Gelb-Grün, der Mann, der 2013 nichts von Schwarz-Grün hielt, dann wird die Basis wohl folgen. Die muss einen Koalitionsvertrag in einem Mitgliederentscheid absegnen. Am Samstag soll ein kleiner Parteitag in Berlin, genannt Länderrat, formell über die Sondierung mit Union und FDP entscheiden. Man werde die Einladung zum Gespräch annehmen, sagt Özdemir schon jetzt.

Bei aller Erleichterung: Über die Neubesetzung der Partei- und Fraktionspitzen wird intern längst gesprochen. Özdemir hat angekündigt, dass er nach neun Jahren nicht noch einmal Parteichef werden will. Amtskollegin Simone Peter will wieder antreten, aber viele Parteifreunde bezweifeln, dass sie sich durchsetzen würde. Robert Habeck ist der Name, der am häufigsten fällt. Der Wunsch nach Erneuerung ist da – auch mit der Neun vor dem Komma.

Gutes Ergebnis, schwierige Lage

Die Linke ist zufrieden mit dem Zuspruch, verliert aber die Oppositionsführung

VON BASIL WEGENER

Berlin. Sahra Wagenknecht wirkt auf der Wahlparty der Linken mit sich im Reinen. Die Schuld am Erfolg der AfD sieht die Spitzenkandidatin bei den anderen, bei einer jahrelangen Politik gegen die Interessen der Menschen, wie sie sagt, bei Union und SPD. „Das sind die Mütter und Väter der AfD“, ruft Wagenknecht. Doch wie soll es nun bei der Linken weitergehen?

„Hofentlich kommt wenigstens bei der SPD der Warnschuss an“, sagt Wagenknecht. „Es wäre super, wenn sie in die Opposition gehen und sich da mal regenerieren.“ Das dürfte in Erfüllung gehen – doch für die Linke wird es so in den kommenden vier Jahren nicht leichter. Bisher war sie Oppositionsführerin und Wagenknecht die wortgewaltigste Gegnerin der Kanzlerin im Bundestag. Nun ruft sie aus: „Wir werden der soziale Oppositionsführer bleiben.“

Lafontaine gibt die Richtung vor

Doch was heißt das? Kann die Linke verhindern, dass die AfD als drittstärkste Fraktion im Bundestag mit deutigen Parolen punktet? Als Wagenknecht nach ihrem Auftritt die Wahlparty in Begleitung ihres Mannes Oskar Lafontaine mit dem Auto verlässt, gibt der Ex-Linke- und Ex-SPD-Chef am Telefon Auskunft über sein Rezept für die Zeit nach dieser Wahl. Mit ihrem Ergebnis könne die Linke zufrieden sein, meint Lafontaine. „Es ist das zweitbeste Ergebnis seit ihrer Gründung.“ Nach den ersten Hochrechnungen lag die Partei nur 2009 mit damals 11,9 Prozent besser, 2013 mit 8,6 Prozent etwas schlechter als heute mit voraussichtlich um 9 Prozent.

Lafontaine hofft darauf, dass die Linke bei der Flüchtlingspolitik gegen die Rechtspopulisten punkten kann: „Wir sind die Partei, die in der Flüchtlingsfrage eine Sonderstellung hat.“ Denn nur die



„Für uns ist es ok, aber gesellschaftlich...“: Linken-Chefin Katja Kipping konnte bei der Wahlparty ihrer Partei in Berlin jubeln. Buhrufe gab es allerdings für das Ergebnis der AfD. Foto: dpa

Linke lehne Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland ab – nach dem Motto: „Wer Bomben wirft, schafft Fluchtursachen.“ Und nur die Linke trete glaubhaft gegen soziale Ungerechtigkeit und zu hohe Mieten ein. „Die Linke kann es schaffen, dass sie die soziale Frage immer wieder thematisiert“, sagt Lafontaine. „Alle meine Erfahrungen sagen, dass diejenigen, die sich sozial ungerecht behandelt fühlen, dass die rechte Parteien wählen.“ Hier solle die Linke Kurs halten – oder ihn sogar verschärfen.

Hinter SPD und AfD – falls es zu einem Jamaika-Bündnis kommt – in der Opposition Platz zu nehmen, verheißt keine komfortable Situation. Regieren wollten viele bei der Linken zwar nicht: Die Spannungen zwischen Fundis und Realos hätten mit Macht aufbrechen können. Doch jubelt wird wenig, als bei der Wahlparty im Festsaal Kreuzberg die Hochrechnungen mit den Linken-Zahlen eingespielt werden. Vereint sind die Partygäste im Buhrufen, wenn

die Zahlen für die AfD kommen. Als sich Parteichefin Katja Kipping den Weg durch den überhitzten Saal bahnt, raunt sie: „Gemischte Gefühle – für uns ist es ok, aber gesellschaftlich...“. Spitzenkandidat Dietmar Bartsch beschreibt, wie die Linke ihre Stellung im Sechsfaktionen-Bundestag behaupten will: Sie will weiter etwas Besonderes sein, wenig mit den etablierten Parteien wie Union oder SPD gemein haben. „Da müssen wir deutlich machen: Wir haben mit dieser Politik nichts zu tun.“ Doch ist jetzt nicht die AfD die eigentliche Alternative?

Wagenknecht sieht jetzt als Hauptaufgabe, „dass dieser enorme Rechtsruck, dass der nicht in vier Jahren noch mal weitergeht. Das wäre wirklich die Hölle.“ Wenigstens Personaldiskussionen bleiben der Linken mit ihren Zugewinnen vermutlich erspart: Wagenknecht und Bartsch machen wohl als Fraktionschefs weiter, Kipping und Bernd Riexinger an der Parteispitze.